

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

Mit vereinter Kraft gegen Krieg, Gewalt und Armut!



In Deutschland erlebt jede dritte Frau über 16 Jahren einmal in ihrem Leben sexualisierte und / oder physische Gewalt. In vielen Fällen von einem aktuellen oder ehemaligen Partner. Jeden dritten Tag wird eine Frau vom Partner bzw. Expartner getötet. Im vergangenen Jahr waren es 139 Frauen.

DEUTSCHLAND MUSS DIE ISTANBULER KONVENTION UMSETZEN!

Die Vorgaben der von den EU-Staaten unterzeichneten Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen vor Gewalt werden in Deutschland seit Jahren nicht erfüllt. Frauen, die Gewalt ausgesetzt sind, erhalten nicht den notwendigen Schutz. In einigen Städten gibt es keine Frauenhäuser. In Großstädten müssen betroffene Frauen vor überfüllten Frauenhäusern ausharren, da es einfach keine ausreichenden Plätze gibt. Jedes Jahr sind es 9000 Frauen, die wegen Überfüllung weggeschickt werden. Politisch wird damit hingenommen, dass Frauen und Kinder vor die gefährliche Wahl gestellt werden, sich der Gewalt zu beugen oder obdachlos zu werden. Auch die Wartezeiten für Beratungstermine werden länger und länger. Die Bundesregierung, die sich dafür rühmt, eine „feministische Außenpolitik“ zu führen, bleibt weiterhin untätig beim Ausbau und der Finanzierung der Hilfesysteme zum Schutz von Frauen gegen Gewalt. Stattdessen konnte sie aber sofort das 100 Mrd. Sondervermögen für die Bundeswehr bereitstellen. Unser Verband fordert daher die Bundesregierung auf, ihren verpflichtenden Auftrag vollständig nachzugehen und auf allen staatlichen Ebenen Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen und betroffenen Frauen Schutz und Unterstützung zu bieten. Dazu gehört der bedarfsgerechte und flächendeckende Ausbau von Beratungsstellen und Frauenhäusern.

TEUERUNG UND ARMUT BEFEUERN GEWALT GEGEN FRAUEN!

In Deutschland verdienen Frauen immer noch 18 Prozent weniger Lohn als Männer. Frauen arbeiten überproportional dort, wo die Löhne und Gehälter gering sind: in der Pflege, in der Reinigung, im Service, im Verkauf etc. Frauen arbeiten häufiger als Männer in Teilzeit und schlagen sie von einer Befristung zur nächsten durch. Die explodierenden Preise für Strom, Heizung, Lebensmittel und Mie-

ten treffen Frauen finanziell besonders hart. Frauen und alleinerziehende Mütter kämpfen um ein weiteres mehr um ihre Existenz. Vielen reichte schon vor der Inflation die eigene Lohnarbeit nicht aus, sich finanziell auf die eigenen Füße zu stellen. Statt den Weg in ein gewaltfreies, existenzsicheres und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, werden Frauen in die Ausweglosigkeit und in die Abhängigkeit der (Ehe-) Partner geschickt. Armut befeuert die Gewalt gegen Frauen und stellt zugleich das größte Hindernis für die Frauen dar der Gewalt zu entfliehen. Damit Frauen gewaltfrei und unabhängig leben können, müssen die Preiserhöhungen gestoppt, die Energiepreise und Mieten eingefroren, existenzsichere Einkommen und Realloohnerhöhungen sichergestellt werden.

GEWALTFREI LEBEN – NEIN ZU KRIEG UND AUFRÜSTUNG!

Mit Ausbruch des Kriegs in der Ukraine wurden Tausende Menschen getötet. Millionen Frauen und Kinder mussten aus ihrer Heimat flüchten. Die Folgen der Wirtschaftssanktionen und des 100 Milliarden-Sondervermögens für die Bundeswehr und Aufrüstung, haben in den Geldbeutel der Beschäftigten, Frauen und Jugendlichen große Löcher gerissen. Während die Politik und Konzerne die Bevölkerung zu Sparsamkeit und Verzicht ruft, machen vor allem Auto-, Energie- und Rüstungskonzerne milliardenschwere Geschäfte und Gewinne mit dem Krieg. Was ist das für eine Logik, wenn Rüstungskonzerne sich über milliardenschwere Aufträge und Gewinne die Hände reiben, aber zeitgleich Millionen Frauen, Kinder und ältere Menschen in den Kriegsregionen weltweit jegliche Lebensgrundlage verlieren und in die Flucht getrieben werden.

Als DIDF fordern wir daher die sofortige Beendigung des Kriegs und den Stopp von Waffenexporten in Kriegsgebiete. Statt Geld in die Rüstung, braucht es mehr Geld für bezahlbaren Wohnraum, für mehr Frauenhäuser und Hilfeinrichtungen für Frauen und Kinder, für Bildung und Gesundheit und für den Ausbau von bezahlbarem Nahverkehr.

